

## Information zur Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) für den Bereich Schwangerschaftsberatung

### 1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Schwangerschaftsberatung

### 2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landratsamt Roth,  
Gesundheitsamt Roth  
Westring 36, 91154 Roth  
Telefon: 09171 81-1601  
E-Mail: [gesundheitsamt@landratsamt-roth.de](mailto:gesundheitsamt@landratsamt-roth.de)

### 3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Roth,  
Behördlicher Datenschutzbeauftragter  
Weinbergweg 1, 91154 Roth  
Telefon: 09171 81-1182  
E-Mail: [datenschutz@landratsamt-roth.de](mailto:datenschutz@landratsamt-roth.de)

### 4. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

#### a) Zweck

- Die Schwangerschaftsberatungsstelle des Landratsamtes verarbeitet personenbezogene Daten im Rahmen und zur Wahrnehmung der Beratungstätigkeit

#### b) Rechtsgrundlage

- Art. 6 DSGVO, Art. 4 BayDSG-E
- GDG Art 7
- SchKG § 1, 2, 5
- BaySchwBerG Art. 2, 5, 6, 7, 8, 9, 10
- Einwilligung des Betroffenen

## 5. Kategorien der personenbezogenen Daten

### a) Grunddaten zur Person:

Es werden folgende personenbezogenen Daten verarbeitet:

Familienname, Geburtsname, Vornamen, Datum und Ort der Geburt, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse

### b) weitere mögliche Kategorien personenbezogener Daten:

Angaben zur Einkommens- und Vermögenssituation, Gesundheitsdaten, Angaben zur gesetzlichen Betreuung, Angaben zur/zum Bevollmächtigten, Art und Bezug von Sozialleistungen, Angaben über familiäre und soziale Situation, Kontaktdaten Dritter, Religionszugehörigkeit.

## 6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre persönlichen Daten können je nach Zweck der Aufgaben der Schwangerschaftsberatungsstelle an folgende Dritte übermittelt werden. Dies geschieht in der Regel aufgrund einer gesetzlichen Grundlage oder aber durch die Einwilligung der betroffenen Person oder dessen gesetzlichen Vertreters.

- Sozialleistungsträger (z. B. Jobcenter) und andere Behörden
- Betreuungsgericht
- Verfahrensbeteiligte (z. B. Betreuer/in, Bevollmächtigte/r, Verfahrenspfleger/in)
- Kliniken oder soziale Einrichtungen
- andere Kooperationspartner (in der Regel anerkannte Träger der Wohlfahrtspflege)

## 7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Eine Übermittlung an Drittländer findet nicht statt.

## 8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

### Ihre Daten werden in dem Verfahren mit folgenden Fristen gelöscht:

- Ihre Daten werden nach Erhebung durch uns so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gemäß Einheitsaktenplan EAPL und Festlegung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege (StMGP) für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist (in der Regel 10 Jahre nach Abschluss des Vorgangs, in begründeten Sonderfällen bis zu 30 Jahre).
- Der Einheitsaktenplan kann mit dem Verzeichnis der Aufbewahrungsfristen auf der Internetseite der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns unter <https://gda.bayern.de/publikation/en/einheitsaktenplan> abgerufen werden.

## 9. Betroffenenrechte

### Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Sie können Auskunft verlangen, ob und ggf. welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten und erhalten weitere mit der Verarbeitung

zusammenhängende Informationen (Art. 15 DSGVO). Bitte beachten Sie, dass dieses Auskunftsrecht in bestimmten Fällen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein kann.

- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten oder die Einschränkung ihrer Verarbeitung verlangen (Art. 17 und 18 DSGVO). Das Recht auf Löschung nach Art. 17 Abs. 1 und 2 DSGVO besteht jedoch unter anderem dann nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Art. 17 Abs. 3 Buchst. b DSGVO).
- Erfolgt die Verarbeitung zur Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe (Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe e DSGVO), haben Sie das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer Daten Widerspruch einzulegen, wenn Sie hierfür Gründe haben, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben (Art. 21 Abs. 1 Satz 1 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, prüfen wir, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weitere Einschränkungen, Modifikationen und gegebenenfalls Ausschlüsse der vorgenannten Rechte können sich aus der Datenschutz-Grundverordnung oder nationalen Rechtsvorschriften ergeben.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz:

Adresse: Wagmüllerstraße 18, 80538 München  
Postanschrift: Postfach 22 12 19, 80502 München  
Telefon: 089 212672-0  
Telefax: 089 212672-50  
E-Mail: [poststelle@datenschutz-bayern.de](mailto:poststelle@datenschutz-bayern.de)  
online: [www.datenschutz-bayern.de](http://www.datenschutz-bayern.de)

## **10. Widerrufsrecht bei Einwilligung**

Wenn Sie in die Datenerhebung durch den Verantwortlichen (siehe 2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen) durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung im rechtlich zulässigen Rahmen widerrufen.

## **11. Pflicht zur Bereitstellung der Daten**

Rechtliche Verpflichtungen Ihre Daten anzugeben ergeben sich nicht.